

Ressort: Lokales

Linksfraktion geht aktiv gegen Abschiebungen vor

Keine Abschiebungen

Duisburg, 03.07.2017, 13:23 Uhr

GDN - Um die Öffentlichkeit und die KommunalpolitikerInnen über alle Abschiebungen aus Duisburg zu informieren, fragen wir eine detaillierte Auflistung für die Fälle aus dem Jahr 2016 an. Außerdem beantragen wir, dass diese Berichterstattung dem Rat ab sofort jährlich vorgelegt wird.

Hierzu erklärt Erkan Kocalar, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion: "Abschiebungen - egal in welches Land und aus welchen Gründen - sind für die betroffenen Menschen immer traumatisierende Vorgänge. Speziell gilt dies für Fälle, bei denen in Länder mit kriegerischen Auseinandersetzungen abgeschoben wird. Menschen werden oftmals ihrer Lebensgrundlagen beraubt, welche sie sich über viele Jahre aufgebaut haben. Trotz Krieg, Hunger, Verfolgung und Terror werden Menschen abgeschoben. DIE LINKE. im Rat der Stadt Duisburg geht auf kommunaler Ebene dagegen vor:

Zunächst einmal fordern wir mit unserem Antrag "Keine Abschiebungen nach Afghanistan" den sofortigen Abschiebestopp in dieses Land. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen und der absolut katastrophalen Sicherheitssituation, gilt es zunächst alle Abschiebungen nach Afghanistan unmittelbar zu stoppen. In keiner Weise sollen dadurch Abschiebungen in andere Länder gerechtfertigt werden oder Abstufungen aufgebaut werden.

Wir beantragen außerdem eine Verbesserung bei der Öffentlichkeitsarbeit und eine transparente Berichterstattung der Aufenthaltsrechtliche Beschwerdekommision (ABK). Die ABK hat seit langer Zeit nicht mehr getagt und keine Fälle bearbeitet.

Zunächst einmal fordern wir mit unserem Antrag "Keine Abschiebungen nach Afghanistan" den sofortigen Abschiebestopp in dieses Land. Aufgrund der aktuellen Entwicklungen und der absolut katastrophalen Sicherheitssituation, gilt es zunächst alle Abschiebungen nach Afghanistan unmittelbar zu stoppen. In keiner Weise sollen dadurch Abschiebungen in andere Länder gerechtfertigt werden oder Abstufungen aufgebaut werden.

Wir beantragen außerdem eine Verbesserung bei der Öffentlichkeitsarbeit und eine transparente Berichterstattung der Aufenthaltsrechtliche Beschwerdekommision (ABK). Die ABK hat seit langer Zeit nicht mehr getagt und keine Fälle bearbeitet.

Durch eine breitere Bekanntmachung der ABK in der Öffentlichkeit, insbesondere bei Betroffenen sowie Vereinen, Verbänden und Initiativen, die in der Flüchtlingsberatung und -arbeit initiativ sind, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass Fälle eingereicht werden und zu einer Verhinderung von Abschiebungen führen. Außerdem soll die ABK dem Rat wieder jährlich einen Bericht vorlegen.

Um die Öffentlichkeit und die KommunalpolitikerInnen über alle Abschiebungen aus Duisburg zu informieren, fragen wir eine detaillierte Auflistung für die Fälle aus dem Jahr 2016 an. Außerdem beantragen wir, dass diese Berichterstattung dem Rat ab sofort jährlich vorgelegt wird.

Wir brauchen ein schnelles Einlenken in der Abschiebepaxis. DIE LINKE lehnt Abschiebungen grundsätzlich ab und versucht mit ihren Ratsinitiativen ihren Beitrag zu einer humaneren Gesellschaft zu leisten."

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-91530/linksfraktion-geht-aktiv-gegen-abschiebungen-vor.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV: Marcel Nowitzki

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich. Marcel Nowitzki

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.

3651 Lindell Road, Suite D168

Las Vegas, NV 89103, USA

(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org

info@gna24.com

www.gna24.com